

KINDER LERNEN ZUKUNFT

Grundlagenpapier für den Bundesgrundschulkongress 2019

Das Doppeljubiläum 2019 – 100 Jahre Grundschule und 50 Jahre Grundschulverband – gibt Anlass zur kritischen Reflexion:

- Was war die bildungspolitische Idee der Grundschule bei ihrer Verankerung in der Weimarer Verfassung 1919? Gilt diese Idee noch heute?
- Was war das Motiv für die Gründung eines Grundschulverbandes, damals "Arbeitskreis Grundschule", der 1969 in das Vereinsregister eingetragen wurde und seitdem amtlich als e. V. existiert? Hatte das zu tun mit der bildungspolitischen Idee aus Weimar? Gilt der damals definierte Zweck des Verbandes noch heute?
- Was gibt der Grundschule als eigene Schulstufe auch heute noch ihre besondere Bedeutung? Was zeichnet sie aus, außer dem Lebensalter ihrer Schülerinnen und Schüler? Und was sind die Zukunftsperspektiven?

1919: Die Geburtsstunde der Grundschule – Idee und Realisierung

1919 sollte die Grundschule *als gemeinsame Schule für alle* das ständische Schulsystem beenden, bei dem privilegierte Kinder Hausunterricht oder drei Vorbereitungsjahre für ihre gymnasiale Schullaufbahn hatten, während die ärmeren Kinder in die meist überfüllten Volksschulklassen gingen, oft noch nach Mädchen und Jungen, evangelischen und katholischen Kindern getrennt. In der ersten deutschen Republik sollte die Grundschule die Schule für einen demokratisch verfassten Staat und eine sich demokratisch entwickelnde Gesellschaft sein: „*Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf*“, so der Weimarer Verfassungstext.

Über die Dauer der Grundschule entbrannte im Vorfeld der Nationalversammlung wie auch noch nach der Verabschiedung der Weimarer Verfassung wüster Streit: Die Befürworter einer demokratischen Schule wollten eine Grundschule von Klasse 1 bis 8, danach die berufsbezogene Verzweigung. Wer dagegen die gemeinsame Schule schon nicht vollends verhindern konnte, wollte sie wenigstens kurz halten. Als Kompromiss kamen dann vier Jahre gemeinsame Grundschule heraus, als Unterstufe der Volksschule. Damit wurde die gemeinsame Schule von Beginn an durch eine Auslesehypothek belastet und die ersten vier Jahre im Verständnis aufstiegsorientierter Eltern zur Vorschule für die eigentliche Schule: das Gymnasium. Zudem setzte die katholische Zentrum-Partei die Konfessionalisierung der Grundschule durch. Die

„gemeinsame Schule für alle“ war damit nur im Ansatz realisiert, faktisch aber verfälscht.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde in den Ländern der BRD, von einigen wenige Jahre dauernden Ausnahmen abgesehen, an der Weimarer Konstruktion wieder angeknüpft. Im Sonderfall West-Berlin wurde dauerhaft die sechsjährige Grundschule, in Ostdeutschland immerhin die achtjährige Einheitsschule und später die zehnjährige "Polytechnische Oberschule" eingeführt, die die Unterstufe einschloss.

Die 1960er Jahre: Bildungsdebatte und Grundschulentwicklung in Westdeutschland und Ostdeutschland

Im Zuge der Bildungsdebatten der 1960er Jahre wurden **in Westdeutschland** zahlreiche Schul- und Hochschulreformen beschlossen und durchgeführt. Die Grundschule blieb aber zunächst außer Acht. Sie galt als Schonraum „für die ruhig reifende Kindheit“, begründet durch eine biologistische Reifetheorie. Gleiches galt für die Auslesefunktion: Die Begabungsrichtungen sollten sich im Laufe der vier Jahre bei den Kindern entfalten: die theoretisch Begabten für die höheren Schulen, die praktisch Begabten, theoretisch Minderbemittelten für den Verbleib in der Volksschule. Die Didaktik war von einer romantisierenden Vorstellung „volkstümlicher Bildung“ geprägt.

Gegen diese eher beschauliche Vorstellung von Grundschule gab es parallel und im Gefolge der Studentenproteste Ende des siebten Jahrzehnts zunehmend erheblichen Widerspruch: Im Zuge der Hinwendung der westdeutschen Erziehungswissenschaft zur empirischen Bildungsforschung wiesen wissenschaftliche Studien die große Bedeutung der frühen Kindheit für die Fähigkeitsentwicklung von Kindern nach. Der von Heinrich Roth dargelegte „pädagogische Begabungsbegriff“ passte dazu: Man erkannte, dass es darauf ankam, ein Netz von beeinflussbaren Bezugsgrößen zu schaffen, das Kinder begaben könne im Sinne von: „eine Gabe verleihen, Erweckung von außen“. Gleichzeitig wurden in der ganzen westlichen Welt neue didaktische Konzepte entwickelt, die Abstraktionsfähigkeit und logisches Denken schulen und früh in wissenschaftsorientierte Arbeitsweisen einführen sollten.

Die **Grundschule in Ostdeutschland** hat sich infolge der deutschen Teilung nach dem zweiten Weltkrieg bekanntermaßen völlig anders entwickelt. Nach einer kurzen Periode des Anknüpfens an die Traditionen der Reformpädagogik der Weimarer Zeit wurde das Schulwesen von der SED-Regierung rasch gezielt in den Dienst der Ausbildung von Persönlichkeiten genommen, die die sozialistischen Ideale nicht nur einfach übernehmen, sondern mit ihrer ganzen Person in der neuen Gesellschaft lebendig werden lassen sollten. Offiziell war die Polytechnische Oberschule mitsamt ihrer Unterstufe somit die Keimzelle des sozialistischen Staates und eng an dessen Schicksal geknüpft.

Innerhalb dieses Systems gab es durchaus kontroverse Vorstellungen vom jeweils richtigen Weg. Parallel zur Entwicklung in Westdeutschland wurde Mitte der 1960er Jahre auch in Ostdeutschland der Ruf nach einer Reform der „volkstümlichen Bildung“ laut und eine stärker wissenschaftsorientierte Grundschule gefordert - mit entsprechenden Veränderungen im staatlichen Curriculum. Gleichfalls parallel zur Entwicklung in Westdeutschland gab es – wenn auch auf anderer ideologischer Basis aufsetzend – kurz vor dem Ende der DDR auch dort Bestrebungen zu einer stärker individualisierenden Grundschuldidaktik mit deutlichen Tendenzen zu einer „Öffnung“ für die Erfahrungswelten der Kinder.

Es gehört zu den Paradoxien der deutschen Geschichte, dass die von der Volksschullehrerschaft seit der Einführung der öffentlichen Schule im 19. Jahrhundert immer wieder geforderte längere gemeinsame Erziehung in der Polytechnischen Oberschule der DDR realisiert wurde, aber nach der Wiedervereinigung in den ostdeutschen Ländern zugunsten einer Kopie der westdeutschen Schulstruktur rasch wieder abgeschafft worden ist. So erfolgte die Wiedervereinigung 1989 auf dem kleinen gemeinsamen Nenner des Weimarer Schulkompromisses von 1919.

1969: Zur Gründungsgeschichte des Verbandes

In Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Umbrüchen der 1960er Jahre geriet auch die Grundschule in den Blick der Öffentlichkeit und der Schulpolitik. Einen wesentlichen Anteil daran hatte Erwin Schwartz, an der Universität Frankfurt, seit 1966 erster Professor für Grundschulpädagogik in der BRD. Er entwickelte in der Bundesrepublik ein Netzwerk, um an die Weimarer Idee der gemeinsamen Schule für alle anzuknüpfen und sie, anders als in Weimar gelungen, nun auch zu realisieren. Das Netzwerk bestand aus zahlreichen Kontakten quer durch die Bundesrepublik zu Personen aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Schulpraxis, aus der ersten grundschulspezifischen Fachzeitschrift (*"Die Grundschule"*), aus einer Stiftung zur Gestaltung einer "Optimalen Grundschule" und aus dem bundesweiten Zusammenschluss von reformorientierten Menschen zu einem "Arbeitskreis Grundschule".

Die Kernanliegen waren:

- die Grundschule als Grundstufe einer demokratischen Schule ins öffentliche Bewusstsein zu heben,
- Demokratie lernen von Beginn an einzuführen,
- das Kinderrecht auf Bildung zu sichern und zu realisieren,
- staatliche Mitverantwortung für die schulische Erziehung einzufordern
- und die notwendigen Reformen zu beginnen, um dies alles zu realisieren.

1969 wurde der "*Arbeitskreis Grundschule*" (heute: "*Grundschulverband e.V.*") ins Vereinsregister eingetragen und im Oktober der 1. Bundesgrundschulkongress in

Frankfurt durchgeführt, der die Grundschule und ihre Reformnotwendigkeit auch öffentlichkeitswirksam in den Blick rückte.

Der Kongress hatte drei Themenfelder:

Begabung und Lernen im Kindesalter: gegen die biologistischen Reifevorstellungen; für die Bedeutung des Lernens im Vor- und Grundschulalter, verbunden mit dem dynamischen Begabungsbegriff;

Inhalte grundlegender Bildung: gegen die volkstümliche Bildung; Entwicklung neuer fachlicher und überfachlicher Orientierungen, Etablierung des Prinzips Wissenschaftsorientierung;

Ausgleichende Erziehung in der Grundschule: gegen die Vorstellung der natürlichen Begabungsdifferenzierung; für das Kinderrecht auf Bildung und neue Förderkonzepte.

Die historische Begründung der heutigen Grundschule und der Bezug zum Erbe von 1919 und 1969

Als die Väter der Weimarer Verfassung – Frauen waren an ihrer Formulierung nicht beteiligt – 1919 im Artikel 146 den oben bereits zitierten, eher unscheinbaren und für die radikalen Schulreformer jener Zeit eher enttäuschenden Satz formulierten: "*Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf*", ahnten sie nicht, dass sie – allen oben genannten Vorbehalten zum Trotz – zugleich den Grundstein einer im öffentlichen Schulwesen seltenen Erfolgsgeschichte gelegt hatten: die Konstitution einer alle Bevölkerungsschichten um eine gemeinsame Aufgabe vereinigenden Bildungseinrichtung, die bis zum heutigen Tag in der Bevölkerung höchstes Ansehen genießt. In allen Umfragen zum Berufsprestige zählt Grundschullehrer/in regelmäßig zu den zehn angesehensten Berufen und rangiert damit hinter Feuerwehrleuten, Ärzten, Krankenschwestern und Kita-Erzieherinnen noch weit vor den Studienräten.

Die für alle gemeinsame Grundschule ist, wenn auch in den meisten Bundesländern auf vier Jahre begrenzt, eine Erfolgsgeschichte, weil sie allen historischen und aktuellen Segregationstendenzen zum Trotz heute im Grunde unumstritten ist und zugleich eine einmalige Leistung erbringt: Sie bemüht sich nicht nur mit großem Erfolg um die Einführung der Kinder in die Schriftkultur, die Welt der Mathematik, der Künste und der Wissenschaften, sondern legt auch den Grundstein für die politische Kultur in der Demokratie. Indem Deutschlands Grundschullehrerinnen und –lehrer Tag für Tag mit großem Engagement und großer Zielstrebigkeit die Kinder in die Formen des gepflegten Dialogs, des einander Zuhörens und Ausredenlassens sowie in die Kultur der gewaltfreien Konfliktbearbeitung einführen und solches den Schülerinnen und Schülern auch Tag für Tag abfordern, bilden sie in jedem nachwachsenden Indi-

viduum immer wieder neu die Grundtugenden demokratischen Denkens und Handelns aus, auf denen unsere repräsentative parlamentarische Demokratie letztlich beruht. Diese in unserer multi-ethnischen, multi-religiösen und multi-lingualen Gesellschaft unverzichtbare *politische* Wirkung des *pädagogischen Handelns* einer knappen Viertelmillion Grundschullehrerinnen und -lehrer kann gerade in Zeiten von wachsendem Nationalismus und Chauvinismus gar nicht hoch genug geschätzt werden.

Dennoch ist Stillstand unzulässig und die Modernisierung der Grundschule eine permanente Aufgabe. Das für den Bundesgrundschulkongress 2019 gewählte Motto: „KINDER LERNEN ZUKUNFT“ kann dabei auf die drei oben genannten Themenfelder des ersten Bundesgrundschulkongresses aus dem Jahr 1969 bezogen werden. Daran wird die überzeitliche Bedeutung der damit verbundenen Aspekte deutlich.

Einige Stichwörter zur Inhaltlichkeit des geplanten Kongresses

KINDER meint: Das Kinderrecht auf Bildung für alle Kinder immer wieder einzufordern und einzulösen. Kinder sind junge Menschen mit eigenen Interessen, einer persönlichen Geschichte und individuellen Lernwegen. Kinder entwickeln eine eigene Kultur, wenn sie miteinander kommunizieren und kooperieren, miteinander spielen und lernen und kunstvolle Werke schaffen. Die Schule muss die *individuellen* Potenziale der Kinder aufgreifen und allen Kindern das Recht auf Teilhabe und Mitwirkung im *gemeinsamen* Unterricht sicherstellen.

LERNEN meint: Kinder zu be-gaben. Unterricht und Schulleben sind so zu gestalten, dass jedes Kind die Chance auf ein selbstständiges, eigenverantwortliches, betreutes bzw. begleitetes und möglichst lustvolles Lernen hat. Schule muss mithin die *individuellen* Potenziale der *einzelnen* Kinder aufgreifen und jedem Kind das Recht auf Bildungsbeteiligung und einen mitverantworteten Lernprozess ermöglichen. Die Schule der Zukunft zielt demnach weniger auf Auslese, sondern vielmehr in Richtung einer neuen Lernkultur. Die Aufgaben lauten: Lernen als Ko-Konstruktion begreifen; das Verhältnis von Instruktion und Konstruktion klären; die Ablösung der Noten- und Ausleseschule durch eine pädagogische Leistungskultur herbeiführen.

ZUKUNFT bezieht sich auf das Zusammenspiel und die Balance von Kind- und Wissenschaftsorientierung bei der Bestimmung der heute bedeutsamen Inhalte, der morgen erforderlichen Kompetenzen und der dafür jeweils geeigneten zeitgemäßen Lernsituationen in allen curricularen und extra-curricularen Aktivitäten der Grundschule. Die Grundschulbildung steht vor der Herausforderung, in einer hoch dynamischen Gesellschaft zukünftige Entwicklungen rechtzeitig aufzuspüren und aufzunehmen, um die Kompetenzentwicklung der Kinder für ihr aktuelles und künftiges Leben an immer wieder neu sorgfältig auszuwählenden Inhalten zu begleiten und zu fördern.

„**KINDER LERNEN ZUKUNFT**“ heißt dann: Selbstvertrauen stärken, individuelle Fähigkeiten, Fachwissen und Gestaltungskompetenzen ausbilden, Demokratie lernen, Friedensfähigkeit entwickeln.

Aktuelle und zukünftige Aufgaben

Das Motto "KINDER LERNEN ZUKUNFT" kann und soll mithin auf aktuelle und zukünftige Aufgaben und Herausforderungen der Grundschule hin bezogen werden: auf Tendenzen der Entsolidarisierung, auf den Umgang mit Flüchtlingskindern, auf Output-Orientierung, Technisierung der Leistung, Inklusion ohne notwendige Rahmenbedingungen usw. Daraus ergeben sich die Aspekte für die Grundschularbeit im dritten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts, die in Vorträgen, Arbeitsgruppen und Diskussionsforen bearbeitet und inhaltlich in eine Abschlusserklärung einfließen werden: Was heißt "Zukunft" im Sinne des Kongressmottos? Welche Entwicklungstendenzen und welche Entwicklungsaufgaben sind heute schon vorhersehbar? Wie soll die Grundschule darauf reagieren?

Ein Wirkungsgefüge für gelingende Grundschularbeit: die Verantwortung von Praxis – Wissenschaft – Politik

Die Diskussionen des Bundesgrundschulkongresses 2019 sollen auch das Wirkungsgefüge für gelingende Grundschularbeit in den Blick nehmen: das Wirkungsgefüge von Praxis, Wissenschaft und Politik, orientiert an der Funktion von Schule in einer demokratischen Gesellschaft und am Kinderrecht auf inklusive Bildung. Hierfür werden alle Faktoren und Verantwortungsträger in diesem Wirkungsgefüge befragt, ob und was sie dazu beitragen:

- Was, wer, wie hilft und stärkt die Grundschule, ihre Kinder und ihre Pädagoginnen und Pädagogen?
- Was, wer, wie be- oder verhindert zeitgemäße Grundschularbeit? Was gelingt und was lässt scheitern?
- Wer muss was wie tun, um die Prozesse zu optimieren?
- Was ist der Auftrag der Politik, was sind die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft, was ist die Verantwortung der Wissenschaft, was ist die Aufgabe der Pädagoginnen und Pädagogen und was sind die Rechte und Pflichten der Eltern?

Die Frage nach den gesellschaftlichen Verhältnissen und den Verantwortlichkeiten ist das Erbe aus der Gründungsgeschichte der Grundschule wie auch des Grundschulverbands. Es gilt auch heute und morgen.

